

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 1.10 Mark, vierteljährlich
3.30 Mark, durch die Post 3.85 Mark,
auschließlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im am-
tlichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Sachse-Zeitung eingetragen. Für un-
erlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Sachse-Zeitung“ gestattet.
Herausg. der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1149,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Sachse-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Geschäftszeiten Kolonialzeitung
oder deren Raum mit 50 Pfg. berech-
net und in anderen Anzeigenstellen
und allen Anzeigen-Verträgen ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 Mrk.
Schluss der Anzeigenannahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Fischel-
ungen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Verkaufs-
stelle: Halle, St. Braubachstraße 17,
Hilfen-Verkaufsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 210.

Halle, Sonnabend, den 5. Mai

1917.

Neuer Misserfolg der Franzosen.

Die Neuordnung.

Die Neuordnung in Preußen ist auf dem Marsch und namentlich das mehr aufzuhalten. Die Osterhoffung des Kaisers läßt auch keinen Zweifel darüber, daß Herr v. Bethmann Hollwags Besprechungen von der Krone und der Regierung garantiert werden.

Bei dem Kampfe um die Neuordnung handelt es sich daher jetzt nur noch um den Zeitpunkt ihrer Zugriffnahme und um den Umfang der Reformen. Die reformfeindlichen Parteien setzen nachgerade ein, daß sie die Reform nicht mehr ganz verhindern können; sie suchen sie deshalb wenigstens soweit wie irgend möglich hinauszuschieben und in ihrem Umfang auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Die Empörung über die von der Reichspräsidenten Volksparlei am 2. Mai eingebrachte Interpellation über die Wahlreform in Preußen war nur von diesem Gesichtspunkte aus zu verstehen. Eine klare Antwort der Regierung ein Hervortreten mit ihren Absichten und Zielen, würde die Arbeit hinter den Kulissen fördern, die aus der Reform eine Scheinreform machen will. Man hofft darauf, daß nach dem Kriege so überwältigend große Aufgaben an Reich und Staat herantreten, daß sich daraus noch weitere Verzögerungen ergeben müssen, weil man nicht auf ein schwächliches Kompromiß ein Rechtsgewinn errichten, das dann für lange Zeit ausreichen soll. Die Befürchtung um den Bürgerfrieden hat ja bisher keine der Parteien, am allerwenigsten die reaktionären, daran gehindert, für ihre Anschauung einzutreten.

Sieht man wirklich offen hat in Preußen — von den allgeringfügigen Parteien — nur die Fortschrittspartei erklärt, was sie will. Die Konservativen haben durch ihren Führer, Herrn v. Heydebrandt, das Dreiklassenwahlrecht zu einem geradezu idealen Kumpeln lassen, später aber zugegeben, daß dieses ideale Wahlrecht doch noch nicht ganz ideal ist, weil sie sich zur Mitarbeit an Verbesserungen bereit erklärten. Damit haben sie ihre Stellung vollständig verschleiert. Sollten sie es nicht, für sie ein wenig wertvoll, so werden sie sich immer wieder auf die Erklärung ihres Führers berufen; wenn man ihnen jedoch in den Kreisen ihrer eigenen Anhänger die Ungerechtigkeit und Unbilligkeit des Wahlrechts vorhält, werden sie sich auf ihre Bereitwilligkeit an Verbesserungen mitzuarbeiten, zurückziehen können. Worin ihre Verbesserungsansätze bestehen, das können sie vorläufig in geheimnisvollem Dunkel. Rein Mensch weiß, was damit gemeint ist.

Auch das Zentrum war über die fortschrittliche Interpellation empört, obwohl sie dazu doch wohl kaum am wenigsten Grund hatte, wenn sie ihre bisherigen Grundzüge nicht gebühren vorzulegen. Das Zentrum hat in immer das gleiche Wahlrecht auch für Preußen gefordert. Freilich war die Stellung nur eine platonische. Kam es darauf an, der Fortschrittspartei zu verschaffen, dann hätten plötzlich die Zentrumsgesandten das bringende Bedürfnis zu Hause ein wenig nach dem Rechten zu sehen und konnten an den entscheidenden Bestimmungen nicht teilnehmen.

Die Nationalliberalen haben sich nach den parteiispezifischen Erklärungen für ein Pluralwahlrecht ausgesprochen. Wie es aussehen soll, läßt sich nicht sagen. Es wird sicherlich auch innerhalb der nationalliberalen Partei nicht leicht sein, dafür gemeinsame Linien zu finden.

Man hat sie in Zahlen und Zehnjahren nicht gefunden, daher ist kaum zu erwarten, daß man sie bis zum Kriegsende findet. Eine Klärung darüber, was die Regierung will, aber ist schon deshalb notwendig, damit eine Klärung innerhalb der Parteien erfolgen kann, die ihr Programm nur in unklarerer verkommenen Einteilung gezeichnet haben.

Was nun soll der Gegenschlag in den preussischen Verfassungsfragen gefährlicher sein, als in den Fragen, die jetzt den Verfassungsentscheidungsstag des Reichstages beschäftigen? Das ist wirklich nicht einzufragen.

Im Reichstag haben sich Fortschrittler, Zentrum, Nationalliberalen zu gemeinsamen Anträgen zusammengelassen und die sozialistische Mehrheitspartei arbeitet gleichfalls mit diesen bürgerlichen Parteien an der Erweiterung der Volksrechte. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers dem Reichstag gegenüber, die von der Kommissionsmehrheit angenommen ist, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Übergang zum parlamentarischen Regime. Ausgeschlossen ist es, daß ein dem Reichstag verantwortlicher Kanzler gegen den Reichstag regieren kann. Kann er das jedoch nicht, dann wird die Führung der Geschäfte bald ganz von selbst an den Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit übergehen müssen.

Da nun der Kanzler gleichzeitig preussischer Ministerpräsident ist und sich wie die preussischen Verhältnisse bewegen haben — die Parteien nicht trennen lassen, würde — darin hat der konservativste Sprecher nicht unrecht — auch der Krone Preußen eine Beschränkung in der Wahl des Ministerpräsidenten auferlegt. Die Konservativen werden dabei allerdings nur die Rechte der Krone vor, um wahre Motive ihrer Opposition gegen das parlamentarische Regime im Reich zu veranschaulichen. In Wirklichkeit aber würde die Beschränkung der

Amtklicher Bericht der Heeresleitung.

WTF. Großes Hauptquartier, 5. Mai 1917.

Westlicher Kriegshauptplan.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Nach dem blutigen Zusammenstoß der englischen Angriffe an der Arras-Front kam es gestern nur bei Bullecourt zu größeren Infanteriekämpfen. Westwärts des Dorfes angreifende dichte englische Massen wurden verlustreich abgewiesen. SchwäcHERE Kräfte bei Lens und Fresnoy blieben fehl. Die Gefangenenzahl erhöhte sich auf 10 Offiziere und 1225 Engländer; mindestens 35 Maschinengewehre sind erbeutet.

An der siegreichen Westseite des vierten englischen Durchbruchversuches haben besonders hervorragenden Anteil Gardetruppen, Bayern, Württemberger, Sachsen und Bawarier, sowie Regimenter der Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien, Hannover und Rheinland.
Müdiglich von St. Quentin hatten Vorpostenkämpfe für uns günstigen Ausgang.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front hält die Artilleriebesatzung unter größtem Munitionseintrag an. Starke feindliche Erkundungsvorläufe wurden an mehreren Stellen abgewiesen. Um den Besitz des Winterberges (westlich Verdun) haben sich Kämpfe entwickelt, die noch nicht abgeschlossen sind.

Zwischen der Aisne und dem Vimont brachen gestern morgen durch tagelangen, ausgiebigen Artilleriefeuer vorbereitete Angriffe von vier französischen Divisionen zusammen. Wie aus erbeuteten Papieren hervorgeht, lag das Ziel des Angreifens mehrere Kilometer hinter der vorderen Linie. Dank dem jähen Durchhalten unserer Truppen ist es dem Feinde aber nur an einer vorliegenden Ecke gelungen, sich im ersten Graben festzusetzen. Ostlich von La Neuville wurden vorübergehend eingedrungene Franzosen unter Verlust von 500 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren wieder zurückgeworfen. Südlich der Aisne in den Abendstunden erneute Angriffe konnten an der Niederlage nichts ändern.

Müdiglich von Broennes mäßigkeiten erneute französische Versuche, sich mit mehreren Divisionen in den Besitz unserer dortigen Höhenstellung zu setzen. Mit schwersten Verlusten erkannten die Franzosen vorübergehend südöstlich von Hauroy geringen Geländegewinn. Gegenangriffe brachten unsere Infanterie wieder in den vollen Besitz ihrer bisherigen Linien. Über 100 Gefangene wurden zurückgeführt.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Müdiglich beiderseitiger Erkundungstätigkeit keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Feind verlor gestern sieben Flugzeuge und einen Jettelballon. Durch Fliegerangriff auf Ostende wurde eine größere Anzahl Belgier getötet und verwundet. Militärischer Schaden ist nicht angedeutet.

Ostlicher Kriegshauptplan.

Lebhaftes Kesselfeuer zwischen Komel und Stanslau veranlasste entsprechendes Vergeltungsgeschieschen.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Vogen westlich des Doiran-Sees und in der Struma-Niederung lebte die Keilvortätigkeit zu einzelnen Tageskämpfen auf.

Geister Generalquartiermeister Ludendorff.

80 Schiffe in einer Woche versenkt.

Schweizer Korrespondenzmeldung zufolge berichtet der „Manchester Guardian“: Die letzte Aprilwoche bringt die bisher nicht erreichte Höchstzahl an Versenkungen mit 80 Schiffen.

Wegen Verleumdung Wilsons verhaftet.

Bern, 4. Mai. „Morning Post“ meldet aus Chicago, daß der amerikanische Missionar Dr. Reid, der Eigentümer der „Living Post“, wegen Verleumdung des Präsidenten Wilson von den amerikanischen Behörden verhaftet worden ist. Mister Wilson wird immer empfindlicher.

Krone in der Wahl des Ministerpräsidenten doch nur Bedeutung haben, wenn der Ministerpräsident in der Landtagsmehrheit keine Stütze mehr für seine preussische Politik findet. Sobald ein Mann der Volkswelt in Preußen und dem Reich ansehnlich ist, hat die Krone kaum Anseh, ihn abzulehnen. Deshalb ist die Konsequenz der Beschlüsse des Verfassungsausschusses eine Neuordnung in Preußen, die die Volkswelt aus gleichem Wohlstand hervorgehen läßt, wie im Reich. Nur so kann vermieden werden, daß der Kanzler, der ein Vertrauensmann der Volkswelt im Reich ist, in irgendwelchem Gegenatz zur Volkswelt in Preußen kommt.

Zentrum und Nationalliberalen, die im Verfassungsausschuss für den gemeinsamen Antrag der Mehrheitsparteien eintraten, können unmöglich auf die Dauer in Preußen eine andere Stellung einnehmen. Das wäre der Gipfel parteipolitischer Zerfahrenheit.

Aus dem Beschlusse des Verfassungsausschusses ergibt sich für die Parteien, die diesen Beschlusse gefaßt haben, auch die Stellungnahme zur Reform des preussischen Parlamentes. Das Herkommen, erlöst durch eine gleichzeitige Reform in jedem Falle eine Umwälzung der Anschauungen in Preußen und dem Reich, denn es steht als Verteilung von Vorkreuzen dann zwischen zwei gewählten Parlamenten und der Kanzler müßte mit dem Faktor des Herrenhauses rechnen. Die Abschaffung würde daher die politische Situation erheblich verändern. Gemäß gibt es auch in parlamentarisch regierten Ländern eine „Erste Kammer“, einen „Senat“, aber sie ist entweder, wie in England, zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und hat im Grunde nur beratende Stimme, oder sie ist nicht mehr für die Krone in Vorkreuzen und hat damit einen ganz anderen Charakter erhalten als das preussische Herrenhaus.

Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses sind daher nach jeder Richtung hin bedeutungsvoll. Daß der Reichstag sich diese Beschlüsse zu eigen macht, daran ist wohl nicht zu zweifeln. Der Bundesrat freilich wird wenig Neigung haben, sie zu akzeptieren — das ging schon aus der Erklärung Dr. Helfferichs hervor — aber auch der Bundesrat vermag sich heute nicht dauernd mehr gegen die Forderungen der Zeit zu stemmen. So wird die Neuordnung kommen und das Reich kann viel dazu tun, daß sie auch in Preußen nicht zu einer Scheinreform wird.

Von einem Reichstagsabgeordneten wird uns geschrieben:

Gleich in seiner ersten Sitzung hat der neugewählte Verfassungsausschuss den Beweis erbracht, daß er ernstlich eine zeitweilige prätsliche Reform der wichtigsten Verfassungsbestimmungen des Reiches durchführen will. Noch vor jenem Zusammenritt hatte sich eine Mehrheit von Ausschussmitgliedern des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittler auf eine Reihe von gemeinsamen Anträgen geeinigt. Sie lagen in Form von konkreten Abänderungsanträgen vor und konnten in die Verfassung eingetragene werden.

Den extremen Parteien der Rechten und der Linken war das offensichtlich recht unangenehm. Sie hätten wohl lieber gesehen, wenn der Ausschuss mit zahlreichen großen Nebenangelegenheiten und grundrätlicher Art möglichst viel Zeit verbracht hätte und nachher nicht mehr zu prätslichen Beschlüssen gekommen wäre. Deshalb verließen sie, die gemeinsamen Anträge der Mittelparteien in den Hintergrund zu drängen und suchte eine Generaldiskussion über Zweck und Ziel und Arbeitsmethode des Verfassungsausschusses herbeizuführen. Als ihnen das nicht gelang, machten sie allerlei Kompetenzkonflikte gegen die Behandlung der gemeinsamen Anträge geltend. Aber auch damit kamen sie nicht zum erhofften Ziele. Die Mehrheit bestoh ab eine ausgiebige Erörterung, zuerst die gemeinsamen Anträge zu behandeln und zu beschließen, um nachher die übrigen Parteiwünsche zu besprechen.

Die gemeinsamen Anträge der Mehrheitspartei wollen im wesentlichen an die Stelle des bisher allein verantwortlichen Reichskanzlers ein Reichsministerium setzen, dessen Mitglieder ebenso wie der Kanzler dem Reichstage verantwortlich sein sollen. Auch der Staatssekretär des Reichsministeriums sollen die Kriegsmilitärminister der Einzelstaaten (mit Ausnahme Bayerns) sollen dem Reichstage persönlich verantwortlich sein. Die Durchführung dieser Wünsche würde natürlich eine erhebliche Einschränkung der bisherigen verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers zugunsten der Volkswelt bedeuten. Sie würde aber noch keine Einschränkung des parlamentarischen Systems bedingen, weil es selbstgelegt werden soll, daß die Minister auf Wunsch der Volkswelt zurücktreten und gegen den erklärten Willen des Reichstages nicht auf ihren Posten bleiben können. Auch die Einschränkung des gemeinsam beantragten Staatsgerichtshofs, der die Reichsminister wegen Verletzung ihrer Amtspflichten zur Rechenschaft ziehen kann, würde noch keine Verwirklichung von den parlamentarischen Regiments darstellen, zumal er voraussichtlich nur ganz selten und ausnahmsweise in Funktion zu treten hätte.

Wenn, was bei der rednerischen Entschlossenheit der Mehrheitsparteien anzunehmen ist, die gemeinsamen Anträge bald vom Kaiserstuhle verabschiedet sind, wird man sich

